

Global Governance: konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung

Von Christoph Scherrer und Ulrich Brand

In diesem Beitrag

- wird der Begriff „Global Governance“ zunächst in Abgrenzung zu klassischem „Government“ beschrieben (S. 2);
- werden vier Verwendungen des Begriffs unterschieden: eine deskriptive, eine analytische, eine normative und eine diskursiv-orientierende (S. 4);
- werden fünf Kritikpunkte zu Begriff und Verwendung von „Global Governance“ diskutiert; sie beziehen sich auf das Verhältnis von Politik und Ökonomie, das Verständnis der zu lösenden Probleme, die normative Annahme eines „guten Regierens“, die Thematisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und die Frage offener Gewalt (S. 8);
- werden Neoliberalismus (S. 12) und Transformation von Staatlichkeit (S. 13) beispielhaft aus einer politisch-ökonomischen Perspektive analysiert;
- wird die Bedeutung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008 für die aufgeworfenen Fragen skizziert (S. 16);
- wird in einem Ausblick der Frage nachgegangen, wie kritische wissenschaftliche und progressive politische Positionen mit dem Begriff „Global Governance“ umgehen können (S. 17).

Abstract:

Nach einer allgemeinen Bestimmung der Begriffe „Governance“ und „Global Governance“ werden vier unterschiedliche Verwendungen des Begriffs „Global Governance“ benannt: Unterschieden werden können deskriptive, analytische, normative und diskursiv-orientierende Verwendungen, die sich in den konkreten Beiträgen überlagern.

Anschließend werden fünf wichtige Kritiken an der dominanten Verwendung des Begriffs „Global Governance“ skizziert, nämlich das verkürzte Verständnis des Verhältnisses von Politik und Ökonomie, das Verständnis der zu lösenden Probleme und die normative Annahme eines „guten Regierens“, die eingeschränkte Thematisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie die weitgehend ausgeblendete Frage der offenen Gewalt.

An zwei Bereichen wird verdeutlicht, wie eine politisch-ökonomische Analyse von Global-Governance-Prozessen aussehen kann: die Durchsetzung der dominanten neoliberalen Formen von Global Governance und die Transformation des Staates. Daran anschließend wird auf die selektive Transformation real existierender Global Governance im Zuge der aktuellen Krise eingegangen und mit einem kurzen Ausblick dahingehend geschlossen, wie mit dem Begriff „Global Governance“ umgegangen werden könnte.

1. Einleitung

Der Begriff „Governance“ verdankt seine Konjunktur einer weit verbreiteten skeptischen Einschätzung der Handlungsmöglichkeiten (national)staatlicher Politik unter Bedingungen der Globalisierung. Der Begriff geht auf das griechische *kybernân* zurück, das übersetzt so viel heißt wie „einen Wagen oder ein Schiff lenken“.

Während *Government* für den hierarchischen, zentralistischen und dirigistischen Charakter traditioneller staatlicher Steuerungsformen steht, bezieht sich *Governance* auf dezentrale, netzwerkartige Formen der Steuerung. Diese sollen traditionelle Grenzziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, Politik und Ökonomie überwinden und neue Mechanismen kooperativen Handelns und des Ausgleichs konfligierender Interessen bereitstellen. Governance bezeichnet also zunächst eine Transformation des Staates, wie sie die prominente Definition der UN Commission on Global Governance (CGG 1995: 4) zum Ausdruck bringt:

„Ordnungspolitik bzw. Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden“ (vgl. auch Benz et al. 2007, zum Stand der Debatte Sack 2009: 37–46, Schuppert 2008, Colebatch 2009).

Für die internationale Politik gewinnt der Begriff „Global Governance“ an Bedeutung. Eine zentrale Annahme lautet: Die aktuellen Strukturveränderungen des Kapitalismus generieren Krisen, die auch die herrschenden politischen und ökonomischen Akteure beunruhigen: Die Krise des Europäischen Währungssystems 1992, in Mexiko Ende 1994, anschließend in Asien, Russland und Argentinien, das Ende der New Economy und die Weltwirtschaftskrise seit 2008 sind deutliche Indikatoren.

Aber auch Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Drogenhandel oder Migration sind Krisen oder gar Dimensionen einer vielfältigen Krise (Altvater 2009), die bearbeitet werden müssen. Global Governance steht in den meisten Beiträgen für die Frage nach staatlicher (nicht nur nationalstaatlicher) Steuerungsfähigkeit in Zeiten der Globalisierung. „Auf den einfachsten Nenner gebracht bedeutet ‚Global Governance‘, den Prozess der Globalisierung politisch zu begleiten“ (Deutscher Bundestag 2002: 415). Der Begriff „Global Governance“, die damit benannten Probleme und ihre politische Bearbeitung hängen also eng mit dem Globalisierungsbegriff zusammen (Überblicke bei Wilkinson 2005, Brand 2011).

Trotz aller Differenzen tragen die diversen Beiträge allesamt dazu bei, den „Sachzwang Globalisierung“ aufzubrechen und Fragen der Gestaltung sozialer Verhältnisse auf die politische und wissenschaftliche Tagesordnung zu setzen. Was allerdings jeweils spezifisch unter Gestaltung verstanden wird, welche gesellschaftstheoretischen und zeitdiagnostischen Annahmen einfließen, was die spezifischen Konstitutionslogiken der einzelnen Gegenstände sind, dazu gibt es unterschiedliche Einschätzungen.

Dies kann in diesem Beitrag nicht erschöpfend behandelt werden, sondern es sollen einleitend wichtige Elemente von Global Governance und der politischen wie wissenschaftlichen Diskussion darüber skizziert werden. Wir möchten zunächst vier unterschiedliche Verwendungen des Begriffs „Global Governance“ darstellen, anschließend einige wichtige Kritikpunkte benennen und schließlich am Beispiel zweier Felder dafür argumentieren, die politische Ökonomie von Global Governance stärker zu berücksichtigen. Inwiefern sich die bestehenden Formen von Global Governance in der Krise seit 2008 ändern, ist Gegenstand eines weiteren Abschnitts. Ein kurzer Ausblick mit der Frage, wie mit dem Begriff „Global Governance“ umgegangen werden könnte, schließt den Beitrag ab.

2. Unterschiedliche Verwendungen des Begriffs

Bei der Analyse der Literatur zu Global Governance stellt man nicht nur fest, dass es sich um eine Diskussion handelt, die weitgehend in den nordwestlichen Ländern geführt wird (dieser Aspekt wäre eine gesonderten Untersuchung wert). Unterschieden werden können deskriptive, analytische, normative und diskursiv-orientierende Verwendungen, die sich in den konkreten Beiträgen überlagern (eine ähnliche Systematisierung in Brunnengräber/Stock 1999).

a) Deskriptiv

Der Begriff „Global Governance“ markiert als *deskriptive* Kategorie folgende Neuerungen in den internationalen Beziehungen: erstens die zunehmende Bedeutung anderer räumlicher Ebenen von Politik neben der nationalstaatlichen, insbesondere der internationalen Ebene wie der Europäischen Union oder darüber hinaus, aber auch der lokalen Ebene. Zweitens werden, wie in der Einleitung angedeutet, mit Global Governance Steuerungsprobleme des nationalen Staates beschrieben, da sich gesellschaftliche Prozesse zunehmend internationalisieren und komplexer werden. Es kommt zu einer „Zerfaserung klassischer Staatlichkeit“ (Leibfried/Zürn 2006: 41) und damit zu mehrdimensionalen Wandlungsprozessen. Und drittens geht es um die wachsende Relevanz von Politiknetzwerken, Partnerschaften und Verhandlungssystemen, in die eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteuren und privaten Institutionen einbezogen sind und zur Problembearbeitung beitragen (sollen).

Damit verändern sich die Bedingungen politischer Regulierungen auf verschiedenen räumlichen Ebenen, deren Gesamtheit als Global Governance verstanden werden kann. Allerdings ist bisher nicht hinreichend geklärt worden, ob diese Entwicklungen tatsächlich neu bzw. von neuer Qualität sind. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg spielten private Akteure bei der Governance globaler Arbeitsteilung eine bedeutende Rolle (Murphy 1994, Brand 2010). Unseres Erachtens wird zudem vielfach die Souveränität der Nationalstaaten in der Epoche vor der so genannten Globalisierung überschätzt. Als nach innen und außen einigermaßen souverän können in der Nachkriegsperiode vornehmlich die USA, die Sowjetunion und die Volksrepublik China gelten. Deutschland beispielsweise erlangte erst kurz vor dem Beginn des Globalisierungsdiskurses mit der Wiedervereini-

gung seine formale Souveränität. Auch lassen die immensen Bankenrettungsschirme in der Weltwirtschaftskrise seit 2008 Zweifel entstehen, ob tatsächlich der wirtschaftspolitische Spielraum aufgrund der Globalisierung bereits so viel kleiner geworden ist.

b) Analytisch

Aus *analytischer* Perspektive stehen drei Fragen im Vordergrund, und zwar erstens nach den Kräften, Faktoren und Konstellationen, die neue Formen politischer Regulierung und damit ein System von Global Governance hervorbringen, zweitens nach ihrer Funktionsweise und drittens nach ihrer Wirkung (vgl. ausführlich Brand/Scherrer 2005). Insbesondere hier bedarf es noch verstärkter Forschungen.

Es wird auf verschiedene theoretische Ansätze zurückgegriffen. An prominenter Stelle steht die Regimeanalyse (Krasner 1982), die sich in den letzten 30 Jahren als Theorie innerhalb der politikwissenschaftlichen Disziplin der internationalen Beziehungen entwickelte. Dabei stand vor allem die Abgrenzung gegenüber der „realistischen“ Theorie im Vordergrund. Aus „realistischer“ Sicht kommt es nur dann zur Kooperation zwischen Nationalstaaten, wenn diese in deren „objektiven“ Interessen liegt. Ändern sich die „objektiven“ Interessen, wird die Kooperation beendet (Jacobs 2003). Demgegenüber versuchten die Anhänger der Regimetheorie nachzuweisen, dass internationale Übereinkommen und Verträge, soweit sie auf weitgehend geteilten Normen und Werten beruhen und sich eine Weile bewährt haben, gegenüber einzelnen Nationen inklusive der dominanten Nationen von eigenem Gewicht sind, und zwar weil sie die Interessenstrukturen der jeweils beteiligten Nationen beeinflussen (Zangl 2003).

Michael Zürn (1998: 171–176) nennt die Gesamtheit internationaler Institutionen (wie konstitutive Prinzipien, inter- oder transnationale Netzwerke oder formale internationale Organisationen), die zu dauerhaften und verfestigten Verhaltensmustern führen, „Mechanismen des Regierens“. „Die Summe der Regelungen all dieser Institutionen macht das Regieren jenseits des Nationalstaates bzw. Global Governance aus“ (ebd.: 176). Unseres Erachtens wäre diese Perspektive noch zu erweitern um nationale und lokale Institutionen, gerade weil heute noch Mechanismen der *governance with government* dominieren (ebd.). Wird die nationalstaatliche Fundierung internationaler Politik ausgeblendet, läuft die Regimetheorie weiterhin Gefahr, den Nationalstaat als Blackbox zu behan-

deln, der scheinbar vorgegebene „nationale Interessen“ verfolgt, ohne deren umkämpfte „interne“ Konstitution in den Blick zu nehmen (vgl. dazu Zürn et al. 2007).

Gegenüber den hier erwähnten Ansätzen erachten wir einen kritischen politisch-ökonomisch orientierten Ansatz als am besten geeignet zur Klärung der analytischen Frage nach den Triebkräften, konkurrierenden Regulierungsmechanismen und nach den Herrschaftsdimensionen von Global Governance (Scherrer 2003, Bieling 2007). Unseren Zugang informieren neuere Theorien der internationalen politischen Ökonomie in der Tradition von Karl Marx, die von einer wechselseitigen Durchdringung von Politik und Ökonomie ausgehen. Zu diesen gehören vor allem die französische Regulationstheorie (Aglietta 2000, Boyer 2001, Lipietz 1985) und ihre politikwissenschaftliche Weiterentwicklung (Esser et al. 1994, Jessop 2007) sowie die neogramscianische Hegemonietheorie (Cox 1987, Gill 2000, Scherrer 1998, Bohle 2005, Bieling 2007, Morton 2007).

Diese Theorien lenken unsere Aufmerksamkeit einerseits auf die ökonomisch-institutionellen Umwälzungen, die dem Phänomen Global Governance zugrunde liegen, und andererseits auf die Herrschaftsaspekte der Global-Governance-Diskurse.

Mit dem Begriff der Hegemonie wird in Anschluss an Antonio Gramsci ein Typus von Herrschaft benannt, der im Wesentlichen auf der Fähigkeit sozialer Kräfte (insbesondere Klassen) basiert, eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen. Dies geschieht in der Regel nicht mit offenem Zwang, sondern über Kompromisse und gesellschaftliche Konsense im Sinne allseits geteilter Auffassungen über die grundlegende Entwicklungsrichtung der Gesellschaft (Gramsci 1991 ff., z. B. 101 f. 490, 1560, Haug 2004, Scherrer 2007, Buckel/Fischer-Lescano 2007, Merkens/Rego Díaz 2007).

Durch unseren *politisch-ökonomischen Fokus* verlieren bei uns andere, z. B. kulturelle Aspekte von Global Governance an Schärfe. Eine neuere Richtung der internationalen politischen Ökonomie greift diese Herausforderung unter dem Begriff *Cultural Political Economy* auf (Sum 2011).

Aus dieser kritisch-hegemonietheoretischen Perspektive wird deutlich: Politische Regulierung und Steuerung sind zweifellos wichtig. Dennoch können sie erstens nicht abstrakt verstanden werden in dem Sinne, dass Steuerung per se positiv sei. Entsprechend kann als Ausgangspunkt von Global Governance nicht lediglich angenommen werden, dass die gegenwärtigen Entwicklungen Krisen

und Dysfunktionalitäten mit sich bringen, denen politisch gegengesteuert werden müsse. Vielmehr sind die gegenwärtigen Krisen wie auch ihre Bearbeitung Ausdruck des nicht widerspruchsfreien Charakters von Vergesellschaftungsprozessen.

Vor diesem Hintergrund fassen wir den Staat und die sich verändernden Formen und Inhalte politischer Regulierungen in einer anderen Weise als viele Beiträge zu Global Governance (siehe unten). Diese werden von uns zweitens im Kontext der aktuellen Gesellschaftstransformation hin zu einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung verstanden, die wir auch in der aktuellen Krise für weiterhin weitgehend stabil halten und die mit dem Begriff der Globalisierung nur unzureichend erfasst wird. Dabei verändert sich das Politische tiefgreifend, insbesondere im Verhältnis zur Ökonomie, und dieses Verhältnis muss daher genauer bestimmt werden. Aber auch andere gesellschaftliche Verhältnisse wie die Geschlechter- oder Naturverhältnisse werden tiefgreifend transformiert (einen knappen Überblick geben Brand et al. 2000: 48–88, Hirsch 2005, zu Geschlechterverhältnissen vgl. Ludwig et al. 2009, zu Naturverhältnissen Görg 2003, Brunnengräber et al. 2008).

c) Normativ

Eine weitere Variante des Umgangs mit Global Governance verwendet den Begriff eher *normativ* im Sinne einer wünschbaren Entwicklungsrichtung. Es bedürfe gerade auf internationaler Ebene, angesichts des Fehlens einer zentralen Ordnungsgewalt (bzw. zur Einhegung US-amerikanischer Dominanz), neuartiger Kooperationsformen, neuer formeller und informeller Regelwerke und der Verknüpfung lokaler, nationaler und internationaler Handlungs- und Entscheidungsebenen. An prominentester Stelle ist hier die bereits zitierte UN Commission on Global Governance selbst zu nennen (CGG 1995), ferner der kosmopolitische, in der Tradition von Immanuel Kant stehende Ansatz mit seiner globalen Perspektive auf Freiheit, Gerechtigkeit und der Erbringung öffentlicher Güter (Held 2009, Beck 2008), im deutschsprachigen Raum die Beiträge aus dem Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden (Messner/Nuscheler 2003). Auch in der feministischen Diskussion sind normative Aspekte stark vertreten, die häufig mit Akteurinnen einer Neuausrichtung von Politik, nämlich der internationalen Frauenbewegung, verknüpft werden (Ruppert 2003, skeptisch Wichterich 2009, Caglar 2009, Überblick von Sauer 2011).

d) Diskursiv-orientierend

Und schließlich sollte berücksichtigt werden, dass in enger Verbindung mit der normativen Verwendung Global Governance als vierte Variante auch ein *Diskurs des Politischen* ist. Bestimmte strategische Orientierungen, Handlungen, Akteurskonstellationen werden als sinnvoll und legitim „gerahmt“ und andere abgewertet. Diskurse sind Michel Foucault zufolge selektiv, ziehen Grenzen und konstituieren ein Wissen darum, wie gesellschaftlich „richtig“ gedacht und gehandelt wird (Foucault 1977: 47).

Die Konstitution von Diskursen erfolgt in umkämpften Prozessen und sie bilden gleichzeitig die „Orte“ und „Spielregeln“, an bzw. nach denen Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Insofern ist Global Governance nicht nur ein mehr oder weniger gelingender Prozess der Regulierung und Problemlösung, sondern auch ein Terrain sozialer Auseinandersetzungen um die Verteilung von Reichtum, Macht und Wissen (Murphy 2000).

Global Governance kann dann als Diskurs politischer Gestaltung verstanden werden, der das Politische und dessen Veränderungen thematisiert und dort intervenieren will. Dabei überwiegt die doppelte Perspektive, Global Governance als einen Prozess zu verstehen, der (a) die internationalen Verhältnisse in eine wünschbare Richtung politisch gestaltet, nämlich einen möglichst krisenfreien Prozess von internationalem Wettbewerb und Wirtschaftswachstum, und (b) mittels dessen die „negativen Folgen der Globalisierung“ bearbeitet werden sollen. Dies geht jedoch mit einigen Ausblendungen einher (vgl. nächsten Abschnitt und Brand 2011).

3. Kritikpunkte

In den letzten Jahren hat sich eine lebhafte kritische Diskussion über Global Governance entwickelt (vgl. etwa Ruppert 2003, Scherrer 2000, Brand et al. 2000, Behrens 2005, Rai/Waylen 2008). Wir konzentrieren uns auf fünf Punkte: das Verhältnis von Politik und Ökonomie, das Verständnis der zu lösenden Probleme und die normative Annahme eines „guten Regierens“, die Ausblendung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie die Frage der offenen Gewalt.

a) Globalisierungsverständnis

Im Zentrum vieler Beiträge zu Global Governance stehen die Bedingungen und Möglichkeiten staatlicher Kooperation, „um der Ohnmacht der Politik gegenüber der Eigendynamik der Globalisierungsprozesse entgegenwirken zu können“ (Messner 2005: 37). Unter Globalisierung wird aus dieser Perspektive ein zuvorderst ökonomischer Prozess verstanden und Politik im Modus von Governance soll den ökonomischen Globalisierungsprozess regulieren, Krisen vorbeugen oder abfedern, aber nicht die weltweiten ökonomischen Machtverhältnisse infrage stellen.

Damit wird jedoch ausgeblendet, dass Staaten nicht neutrale Krisenregulierer und Problemlöser sind, sondern im unterschiedlichen Maße an Kapitalinteressen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet handeln. Dann ist aber fraglich, ob nationalstaatliche Akteure oder quasistaatliche Akteure auf internationaler Ebene überhaupt gegen den neoliberalen Globalisierungsprozess bzw. seine negativen Konsequenzen in Anschlag gebracht werden können. „Politik“ gegen „ökonomische Globalisierung“?

Dort, wo heute internationale politische Kooperation stattfindet, trägt sie, auch und gerade in der aktuellen Krise, eher zur Absicherung der neoliberalen Globalisierung bei (etwa in der WTO) und weicht keinesfalls die asymmetrischen Interessen und Machtverhältnisse auf (siehe unten). In den Beiträgen zur Global-Governance-Debatte wird dieser Aspekt zu wenig ernst genommen.

Diese Vorgehensweise spiegelt die unhinterfragte Trennung von wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Herangehensweisen wider, der zufolge sich die Politikwissenschaft „vor allem mit den institutionellen Rahmenbedingungen“ beschäftige und die Analyse ökonomischer Prozesse den Wirtschaftswissenschaften überlasse (Messner/Nuscheler 2003: 31). Uns scheint es fruchtbarer, die politische Ökonomie der Globalisierung, also die enge Verwobenheit politischer und ökonomischer Strukturen und Prozesse, in den Blick zu nehmen.

b) Unzureichende Problemanalyse

Viele Beiträge zum Thema Global Governance nehmen unseres Erachtens eine unzureichende Problemanalyse vor. Sie gehen von bestehenden Problemen aus, ohne nach deren – materialen wie symbolischen – Konstitution zu fragen (zur Typisierung von Problemen vgl. etwa Messner 2005: 34 ff.). Um wessen Probleme es sich handelt, sozusagen die Definitionsmacht darüber, spielt jedoch keine Rolle. Das Konzept basiert „auf der Annahme, dass die von deren Vertretern formulierten globalen Probleme als solche von allen Staaten wahrgenommen werden, ihnen ein vergleichbarer Stellenwert beigemessen wird und somit ein entsprechendes gemeinsames Interesse der Staatenwelt zur Problemlösung besteht“ (Behrens 2004: 116).

Die Protagonisten gehen vom „Megatrend“ der Globalisierung aus, der eben gewisse Probleme mit sich bringe, die der Bearbeitung bedürften. Die Annahme, dass es offenbar objektive Probleme und Problemdruck zu ihrer Lösung gebe, impliziert, dass „neutrales“ Wissen um komplexe Sachverhalte und deren Bearbeitung zentral seien. Dies betrifft nicht nur die Inhalte, sondern auch die Form des Wissens. Experten (Politiker, Wissenschaftler, meist männlich und aus der Ersten Welt) sind jene, die wissen, wo die Probleme liegen und wie sie zu lösen sind. Sie suggerieren, dass es meist die eine Lösung gibt, die *best practice*. Andere Wissensformen und Vorschläge werden damit systematisch entwertet. Zudem wird auf einen Begriff und ein Verständnis von Krise als gesellschaftlicher Krise verzichtet; fokussiert werden die vielfältigen Probleme.

c) Was bedeutet „gutes Regieren“?

Der Begriff „Global Governance“ impliziert eine Orientierung an „gutem Regieren“. Explizit setzt sich Zürn (1998) mit der Frage auseinander, was darunter zu verstehen sei. Für ihn sind im historischen Prozess vier Ziele des Regierens zum nicht hintergehbaren Allgemeingut geworden: Sicherheit, Identität, Legitimation und Wohlfahrt. Diese vier Ziele seien in den Sechziger- und Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts in den Mitgliedsländern der OECD erreicht worden, so dass der damalige Standard als Folie genutzt werden könne, um heutige Defizite des Regierens aufzuspüren (ebd.: 35–63, vgl. auch Leibfried/Zürn 2006).

Diese Vorgehensweise, jenes als allgemein gültig zu erklären, was faktisch durch die Praxis nahezu allgemein anerkannt wird, ist auf den ersten Blick plausibel. Allerdings setzt sich Zürn mit seiner

Einschränkung des „guten Regierens“ auf die OECD dem Vorwurf eines „OECD-Zentrismus“ aus. Seine vier Ziele können, wenn es um das *globale* Regieren geht, deshalb nicht als allgemein gültig gelten. Denn Wohlstand und Sicherheit wurden nicht zuletzt in der ungleichen Konkurrenz mit bzw. durch die neokoloniale Ausbeutung von „Nicht-OECD-Staaten“ erreicht. Aber auch sein Anspruch auf Gültigkeit dieser Ziele für die OECD steht auf unsicherem Fundament.

Zu der damaligen Zeit wurde sein heute gefälltes positives Urteil ganz gewiss nicht von nahezu der gesamten OECD-Bevölkerung geteilt. Gerade sein Paradebeispiel für „gutes Regieren“, die Wohlfahrtspolitik, war bereits damals in den USA höchst umstritten. Die Forderung der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, auch die schwarze Bevölkerung in den Wohlfahrtsstaat aufzunehmen, führte zu heftigen Verwerfungen des politischen Systems (Horowitz 1997: 261–308).

Mithin bleibt es problematisch, von einem allseits geteilten Standard für „gutes Regieren“ auszugehen. Wer für Global Governance eintritt, muss sowohl die angestrebten inhaltlichen Ziele begründen als auch aufzeigen, dass diese Ziele mit Global Governance erreicht werden. Es gibt keine wertneutrale, objektive Global Governance, die bloß technokratisch umgesetzt werden müsste.

d) Eingeschränkte Thematisierung von Macht- und Herrschaftsfragen

Kritisiert werden muss zudem eine eingeschränkte Thematisierung von Macht- und Herrschaftsaspekten bzw. der herrschaftsförmigen Gesellschaftstransformation im Rahmen neoliberaler Globalisierung. Renate Mayntz (2000: 17) schätzt die aktuell dominierende Diskussion derart ein, dass eine Problemlösungsperspektive vorherrsche. „Konfliktregelung, Problemlösung ist der dominante Bezugspunkt. Dadurch vermittelt die Globalisierungsliteratur gelegentlich den Eindruck eines – möglicherweise ganz unberechtigten – Selbstregelungsoptimismus.“

In der Tat dominieren technokratische und steuerungsoptimistische Annahmen zum Umgang oder gar zur Lösung von „Weltproblemen“. Die Wiedererlangung einer veränderten staatlichen Steuerungsfähigkeit ist der Fluchtpunkt der Politikvorstellungen.

„Auch wenn der Global-Governance-Diskurs die Notwendigkeit beträchtlicher Reformen deklariert, stärkt er doch ein beachtliches Vertrauen in das bestehende Institutionensystem und privilegiert

kooperative Politikbegriffe als einzig legitime. Verschiedene Interessen werden als grundlegend versöhnbar angenommen. Zudem tendiert die Einbeziehung privater Akteure dazu, politische Prozesse zu entpolitisieren, da private Akteure meist als ‚unpolitisch‘ angesehen werden“ (Sinclair 2003: 8). Fragen der unterschiedlichen Interessen von Akteuren, ihrer Machtressourcen und ihres politischen Einflusses treten demgegenüber in den Hintergrund und werden, wenn überhaupt, als Machtverhältnis zwischen Regierungen in der internationalen Politik thematisiert (vgl. Zürn et al. 2007: 141).

e) Global Governance und offene Gewalt

Die Ausblendung von Kriegen und offener Gewaltanwendung aus dem Global-Governance-Diskurs ist ein weiterer Schwachpunkt, der zu defizitären Einschätzungen der aktuellen weltweiten Entwicklungen führen kann. Wir können jedoch in manchen Bereichen einen Abbau bestehender Institutionen beobachten, womit der Global-Governance-Agenda für mehr kollektive Handlungsfähigkeit eine „Wiedererfindung des Krieges“ gegenübersteht. Lothar Brock insistiert entsprechend darauf, die „Wiedererfindung“ des Krieges nicht als Alternative zu Global Governance zu sehen, sondern immer auch zu untersuchen, „welchen Ort der Krieg, die Anwendung von Zwangsgewalt, in der Weltordnungspolitik hat“ (Brock 2003: 84).

4. Zur politischen Ökonomie von Global Governance 1: die neoliberale Variante

Es soll im Folgenden lediglich knapp angedeutet werden, warum die Frage internationaler politischer Kooperation sich keineswegs in Widerspruch mit der machtvollen Gestaltung der Weltwirtschaft befindet. Denn die Idee zu verstärkter internationaler Kooperation stammt nicht von der UN Commission on Global Governance, sondern wurde seit den frühen 1970er Jahren vor allem in den außenpolitischen Foren international orientierter Kapitalgruppen der USA entwickelt. Diesen Wirtschaftsinternationalisten ging es aber vordringlich um die Sicherung weltwirtschaftlicher Strukturen (Gill 1990). Sie versuchten ihre Version von Global Governance auch praktisch umzusetzen, wobei ein inhaltlicher und ein auf die Politikform bezogener Wandel zu beobachten waren.

Zunächst stand die Festigung des Bündnisses zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten (Westeuropa und Japan) bei gleichzeitigem Ein-

bezug anderer gesellschaftlicher Gruppen und der so genannten Dritten Welt im Vordergrund. Dieses Projekt kann als „fordistischer Trilateralismus“ bezeichnet werden (Scherrer 1999: 207–221).

Nach dem Scheitern des ersten Versuches einer makroökonomischen Politikkoordinierung Ende der 1970er Jahre fand eine Transformation des trilateralen Projektes zu einem „globalen Konstitutionalismus“ (Gill 2003) statt, d. h. zur vertraglichen internationalen Absicherung der Rechte am Privateigentum gegenüber einzelnen Staaten und internationalen Organisationen.

Der Schutz des privaten Eigentums soll weltweit Vorrang haben vor nationalen Gesetzen und zum Kernbestand einer sich entwickelnden globalen Verfassung (Konstitution) gehören. Politische Gestaltung soll, soweit möglich, auf die klassischen Themen des liberalen „Nachtwächterstaates“ begrenzt bleiben: Sicherung von Recht und Ordnung (Zoellick 1999). Deshalb kann sie auch als *neoliberale Version der Global Governance* bezeichnet werden.

Die neoliberale Version von Global Governance hat mit anderen Visionen gemeinsam, dass die Spielräume für nationale „Egoismen“ durch internationale Regeln drastisch eingeschränkt werden und dass nichtstaatliche Akteure stärker in die internationalen Aushandlungs- und Implementierungsprozesse eingebunden werden bzw. für einzelne Regelungsbereiche selbst Verantwortung übernehmen sollen.

Soweit unilaterales Handeln seitens der US-Regierung allerdings für die Durchsetzung eines globalen Konstitutionalismus förderlich ist, findet es auch unter den transnationalen Konzernen Anhänger. So stieß der von der Reagan-Regierung zu Beginn der 1980er Jahre propagierte Kurs des Unilateralismus, d. h. wirtschaftspolitische Maßnahmen ohne Rücksicht auf die Verbündeten zu treffen, auch im Kreis der Trilateralisten auf Zustimmung (Scherrer 1999). Die Abkehr vom strikten multilateralen handelspolitischen Kurs der Europäischen Union durch die *Global Europe Strategy* von 2006 fand ebenfalls unter multinationalen Konzernen Zustimmung (Raza 2007).

5. Zur politischen Ökonomie von Global Governance 2: die Transformation des Staates

Die Debatte über Global Governance wird größtenteils mit dem Erkenntnisinteresse an den Bedingungen gesellschaftlicher Ordnung im Zeitalter der Globalisierung geführt. Insbesondere dem Staat, teilweise vermittelt über das zwischenstaatliche politische System, wird dabei die Funktion zugeschrieben, über steuernde Eingriffe dafür zu sorgen, dass die positiven Effekte der Globalisierung

möglichst groß seien und die negativen Konsequenzen klein gehalten würden. Der Staat wird dabei als rational handelnder Akteur gefasst, der über internationale Kooperation und Global Governance die staatliche Steuerungsfähigkeit und das Primat der Politik wiederherstellen könne. Die Ökonomie bzw. die als ökonomisch verstandene Globalisierung werden demgegenüber kaum mehr hinterfragt.

Wir verstehen demgegenüber Staat weder als gesellschaftliches Steuerungszentrum noch als neutrale Instanz im Sinne eines Allgemeininteresses, die als „Moderator“ auftritt, sondern als die materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (in Anlehnung an Poulantzas 1978: 159). Damit wird Staat selbst als Terrain sozialer Auseinandersetzungen begriffen, in dessen Struktur Selektivitäten eingeschrieben sind, die bestimmten Interessen eher dienen oder spezifischen Problemen mehr Aufmerksamkeit widmen (Hirsch 2005, Demirović et al. 2010). Antonio Gramsci (1991 ff.: 783, 1267) hat mit dem Begriff des „integralen Staates“ auf den Umstand hingewiesen, dass sich Hegemonie und gesellschaftlicher Konsens vornehmlich durch Auseinandersetzungen hindurch in der Zivilgesellschaft bilden.

Letztere tritt allerdings in modernen repräsentativen Demokratien nicht dem Staat autonom gegenüber, sondern Staat und Zivilgesellschaft durchdringen sich in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen gegenseitig. Beispielsweise schaffen staatliche Gesetze den Raum für Tarifautonomie; die sogenannten Tarifpartner, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, nehmen wiederum als zivilgesellschaftliche Akteure Einfluss auf staatliche Politik, sei es als Lobbyisten oder als Teilnehmer eines „Bündnisses für Arbeit“ (das 2003 von den Gewerkschaften verlassen wurde, weil sie wenig Möglichkeiten sahen, ihre Sichtweisen einzubringen). Wie das Beispiel zeigt, ist Zivilgesellschaft selbst kein homogenes Gebilde, das etwa ein konsistentes „Gesellschaftsinteresse“ oder Interessen am Erhalt der Natur vertritt, sondern sie ist in sich hochgradig machtförmig strukturiert. Zivilgesellschaft wird in den gramscianischen Ansätzen nicht, wie in vielen Beiträgen zu Global Governance, darauf reduziert, inwieweit sie zur Effizienz und Legitimität staatlicher Politik beiträgt, sondern inwieweit dort Hegemonie entsteht, die dann staatliche Politiken – und damit auch Formen von Global Governance – erst ermöglicht. Die „Macht“ des Staates ist also gesellschaftlich bestimmt, denn seine Handlungsfähigkeit und seine Kompetenzen hängen von spezifischen Kräfteverhältnissen ab.

Vielfach wurde analysiert, dass die gegenwärtige kapitalistische Globalisierung in der Krise des Fordismus seit den 1970er Jahren ihren Ausgangspunkt nahm (Altvater/Mahnkopf 2007, Hirsch

2005, Aglietta 2000, Candeias 2009).¹ Die veränderten Bedingungen der Vermehrung von Kapital, die so genannten Akkumulationsbedingungen, äußern sich heute insbesondere als verschärfte Konkurrenz zwischen Unternehmen und Standorten. Diese Bedingungen wurden politisch hergestellt, waren und sind Teil intentionaler Strategien von dominanten ökonomischen *und* politischen Akteuren.

Aufgrund der globalisierungsbedingten Verschärfung der Standortkonkurrenz und deren Stilisierung als Sachzwang befinden sich derzeit die Wohlfahrtsstaaten in einem Umbauprozess in Richtung „nationaler Wettbewerbsstaaten“ (Joachim Hirsch). Zum überragenden Kriterium politischen Handelns gerät die permanente Herstellung internationaler Konkurrenzfähigkeit und Effizienz.

Staatliche Politik wird bei weitem nicht unbedeutend, doch die Kräfte, die beispielsweise den Ausbau des Sozialstaates vorantrieben, werden schwächer und der finanzielle Spielraum für staatliche Verteilungspolitik nimmt aufgrund ihrer Schwäche und der neuen, globalen Konkurrenzbedingungen ab. Das ist auch in der aktuellen Krise so. Der Nationalstaat ist zwar weiterhin das zentrale Terrain sozialer Auseinandersetzungen, gleichzeitig wird die internationale Ebene für soziale Auseinandersetzungen und damit für Organisations- und Hegemoniebildungsprozesse wichtiger – hier setzen ja viele Beiträge zu Global Governance an.

Diese Weltmarkt- und Effizienzorientierung, die zuvorderst im Interesse der weltmarktorientierten Kapitale liegt, ist nicht nur ein staatliches Projekt, sondern tief in der Gesellschaft verankert. Sie gehört mittlerweile zum „Alltagsverstand“ (Gramsci 1991 ff.: 372) und ist somit hegemonial. Die Ambivalenz der Zivilgesellschaft besteht darin, dass hier nicht nur hegemoniale Orientierungen ausgearbeitet werden, sondern auch alternative Vorstellungen und gegenhegemoniale Strategien entstehen können. Gerade dieser Tatsache entspringt ein Teil des Interesses an Nichtregierungsorganisationen oder sozialen Bewegungen wie der globalisierungskritischen Bewegung als „zivilge-

¹ Unter Fordismus verstehen wir eine spezifische Phase kapitalistischer Entwicklung, die auf der relativ gleichläufigen Entwicklung von industrieller Massenproduktion und standardisiertem Massenkonsum der Lohnabhängigen basiert. Die Massenproduktion von Konsumgütern erfolgte auf der Grundlage des tayloristisch-fordistischen Produktionsmodells. Dieses beruhte zum einen auf der Rationalisierung der Produktion durch eine feingliedrige Arbeitsteilung sowie durch eine rigide Trennung von Arbeitsausführung und -kontrolle, zum anderen auf einer weitestgehenden Standardisierung von Produkten und Fertigungsprozessen, die den maschinen- oder fließbandgesteuerten Produktionstakt zur Basis der Arbeits- und Leistungsregulierung machten.

sellschaftlichen Akteuren“, die möglicherweise andere Interessen und Rationalitäten verkörpern und in politische Prozesse einbringen (vgl. etwa Rucht 2009).

6. Die Weltwirtschaftskrise – Transformation von Global Governance?

Verändern sich im Zuge der aktuellen Krise nun die real existierenden Formen der Global Governance oder bleiben sie bestehen? Auf der institutionellen Ebene ist die Aufwertung der Gruppe der 20 (G20) ein deutlicher Ausdruck dafür, dass eine globale währungs- und wirtschaftspolitische Kooperation auch die Regierungen der so genannten Schwellenländer berücksichtigen muss. Chinas Gewicht in der Weltwirtschaft ist im Zuge der Krise deutlich gewachsen. Gleichwohl bleibt China vom US-amerikanischen Markt abhängig und kann sich auch nicht vom US-Dollar als Weltgeld verabschieden (Bibow 2010). Entsprechend fallen die bisherigen institutionellen Veränderungen gering aus, z. B. die minimalen Stimmrechtsverschiebungen im IWF.

Das internationale Krisenmanagement vermochte einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern. Insbesondere die Zentralbanken stimmten sich eng ab. Gerettet wurden jedoch vornehmlich die Banken und Investoren, nur in wenigen Ländern wurde der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit eine ähnlich hohe Priorität eingeräumt (ILO 2009). Die Finanzmärkte haben sich in der Zwischenzeit weitgehend erholt, dabei hat der Konzentrationsgrad im Bankenwesen noch zugenommen (Nersisyan/Wray 2010). Trotz starken Reputationsverlusts konnten Finanzmarktakteure einschneidende Maßnahmen zur globalen Kontrolle des Finanzwesens verhindern. Die meisten Lohnabhängigen gehen hingegen geschwächt aus der Krise. Die Beschäftigung hinkt dem Aufschwung in den meisten Ländern hinterher und die krisenbedingte Aufblähung der Staatsschulden führt zu Kürzungen öffentlicher Leistungen.

In den kommenden Jahren wird sich zeigen, wie mit der offensichtlichen Krise einiger internationaler politischer Institutionen umgegangen wird. Insbesondere im Bereich der Umweltpolitik wird immer deutlicher, dass die „Architektur“ der Klimarahmen- oder der Biodiversitätskonvention den Problemen nicht angemessen ist und weder Klimaerwärmung noch Erosion der biologischen Vielfalt aufhalten kann. Das hängt mit einer tief verankerten, nicht nachhaltigen Lebensweise zusammen, die in den reichen Ländern unvermindert anhält und insbesondere in den Schwellenländern ausgeweitet wird. Die schwachen Wirkungen von Global Environmental Governance von der loka-

len bis zur internationalen Ebene sind zudem Teil des „Webfehlers“ der liberalen Global Governance, nämlich Fragen der politischen Ökonomie (etwa die fossile Energieversorgung im Bereich Klima) ausgeblendet zu haben.

Es zeichnet sich kein grundlegender, kriseninduzierter Umbau der aktuell herrschenden Produktions- und Lebensweise ab. Aus der skizzierten theoretischen Perspektive kann auch in der aktuellen Krise in den nordwestlichen Ländern von einer neoliberalen Hegemonie in dem Sinne gesprochen werden, dass im globalen Wettbewerb scheinbar ein „gemeinsames Interesse“ unter dem Diktum der Wettbewerbsfähigkeit erzeugt wird, welches den „Standort sichern“ soll (Butterwegge et al. 2008) und das tief in den Alltagsverstand eingedrungen ist (vgl. das Argument des Strukturbruchs etwa bei Altvater 2009 oder Harvey 2009).

Der Fokus vieler Gewerkschaften auf die Kernarbeiterschaft, der in der Krise noch zunahm (Röttger 2009, Beck/Scherrer 2010), bestärkt das Standortdenken. Zudem weist trotz der Krise die „imperia- le Lebensweise“, die relativ vorteilhaft auf Ressourcen und Arbeitsvermögen in anderen Teilen der Welt zurückgreift, eine relativ hohe Stabilität und Attraktivität in den kapitalistischen Zentren auf (ausführlich Brand/Wissen 2011).

7. Ausblick

(Global) Governance signalisiert eine vorgeschlagene und/oder real stattfindende „Rückkehr zum Politischen“ in einer Phase, in der die neoliberale Gesellschaftstransformation sich zunehmend als krisenanfällig erweist und an Legitimität verliert. Selbst entschiedene Liberale gehen inzwischen davon aus, dass der Marktfundamentalismus um einen (effizienten) Staat auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ergänzt werden muss. Insofern revitalisiert der Governance-Diskurs zumindest teilweise den in der Nachkriegszeit dominierenden Planungs- und Optimierungsglauben.

Der Begriff suggeriert zum einen, die sich ausweitende Kluft zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern könne durch „modernes“ oder „gutes Regieren“ überbrückt werden. Dieser Vorstellung liegt ein technokratisches Steuerungsmodell zugrunde, das nur noch vorgeblich neutrale, sachbezogene Entscheidungen kennt, nicht aber strategische Optionen oder gar politische Alternativen. Zum anderen gehen die Global-Governance-Konzepte von der harmonistischen Annahme aus, dass

es keine grundlegenden Interessengegensätze zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen gibt.

Kurz gesagt: Die Armut der einen soll mit dem Reichtum der anderen nichts zu tun haben, wirtschaftliches Wachstum, ökologische Nachhaltigkeit, politische Demokratie, soziale Solidarität, gesundes Wohnen etc. sollen miteinander vereinbar sein, ohne die bestehenden politischen und sozialen Strukturen entscheidend zu verändern. (Global) Governance steht also für ein dialogisches und kooperatives Politikmodell, das nicht nur Interessengegensätze, sondern auch der ungleichen Ressourcenverteilung der in den Verhandlungsprozess einbezogenen Akteure sowie asymmetrischen Machtverhältnissen wenig Gewicht beimisst.

Unklar bleibt daher, ob und wie kritische wissenschaftliche und progressive politische Positionen an den Global-Governance-Begriff anknüpfen sollen. Wird selbst mit der kritischen Bezugnahme auf den Begriff nicht schon eine Problemperspektive eingenommen, nämlich die notwendiger internationaler Regulierungen, die eventuell an den Problemen vieler Menschen vorbeigehen? Wer hat denn „globale Probleme“, wer definiert Krisen, wer Vorstellungen von Ordnung? Symptomatisch ist daher die Ausblendung von alternativen Akteuren und Grass-Roots-Initiativen aus dem Global Governance-Diskurs.

Laut Timothy Sinclair dominiert bis heute eine *management vision of global governance*. „Der Begriff wurde gewählt, da er die politische Konnotation von ‚Regierung‘ vermeidet und die noch negativeren Implikationen von Begriffen wie Macht oder Autorität. Er bietet eine Sprache ohne Pathos, in der die wichtigsten Angelegenheiten sozialer Herrschaft von Experten und Staatsbediensteten verhandelt werden können, ohne explizit zu machen, was in der Idee von Global Governance enthalten ist. Global Governance ist risikolos, ausgewogen und neutral“ (2003: 9; eigene Übers.).

Jenseits dieser kritischen Einschätzung kann aus unserer Sicht die Debatte über Global Governance auch als „interparadigmatischer Diskurs“ verstanden werden (Scherrer 2003: 484 ff.). Dies könnte im Sinne einer Verständigung unterschiedlicher politischer Herangehensweisen und theoretischer „Schulen“, die sich mit internationaler Politik befassen, erfolgen. Hier liegen sowohl die Attraktivität des Begriffs wie auch die Chance für die aktuelle Diskussion. Es besteht ein hohes Bewusstsein dafür, dass die wissenschaftlichen Kategorien zum Begreifen der Realität angesichts der aktuellen

Veränderungen zu modifizieren sind oder gar neue gefunden werden müssen. Anlass gründlicher Reflexionen ist häufig der „Zusammenhang zwischen zeitkritischer Krisenerfahrung und politischer Ordnungsreflexion“ (Theo Stammen, zitiert nach Nohlen/Schultze 1995). Die Vorschläge zu Global Governance könnten in diesem Sinne auch so verstanden werden, dass darin aktuelle Krisenerfahrungen und mögliche Strategien der Krisenbearbeitung sich verdichten.

Vor diesem Hintergrund ist es unseres Erachtens wichtig, verstärkt empirische Analysen zu den heute existierenden realen Formen von Global Governance durchzuführen. Damit können neue Formen, Funktionsweisen und Wirkungen politischer Regulierungen und die damit verbundenen Kräfteverhältnisse, sozioökonomischen wie kulturellen Einbettungen besser verstanden werden. Dies wiederum ist eine Bedingung, um die Möglichkeiten und Hindernisse demokratischer gesellschaftlicher Gestaltung allgemein und in spezifischen Feldern ausloten zu können.

***Christoph Scherrer**, Prof. Dr., Volkswirt und Politologe, lehrt „Globalisierung und Politik“ an der Universität Kassel. Er war Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University. Er leitet das International Center for Development and Decent Work. Zahlreiche Buchveröffentlichungen u. a. zu Themen wie Governance von Weltmärkten, amerikanische Wirtschaftspolitik und deutsches Wirtschaftsmodell.*

***Ulrich Brand**, Prof. Dr., Betriebswirt und Politologe, lehrt seit 2007 Internationale Politik an der Universität Wien. Er war Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung und wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kassel, wo er sich 2006 habilitierte, und koordinierte 5 Jahre den wissenschaftlichen Beirat von Attac. Zahlreiche Publikationen, u.a. zu Global Governance und Internationalisierung des Staates, Umwelt- und Ressourcenpolitik, NGOs und sozialen Bewegungen.*

Textaktualisierung: März 2011

Literaturverzeichnis:

- Aglietta, Michel 2000. Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Altwater, Elmar 2009. Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, März, 45–59.
- Altwater, Elmar, und Birgit Mahnkopf 2007. Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster. 7. Auflage.
- Beck, Stefan, und Christoph Scherrer 2010. El modelo económico alemán sale reforzado de la crisis. In: Vanguardia Dossier, Una Alemania Descomplejada, Nr. 37, Okt./Dez. 2010, 60–65.
- Beck, Ulrich 2008. Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt/Main.
- Behrens, Maria, Hg., 2005. Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden.
- Behrens, Maria 2004. Global Governance. In: Arthur Benz (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden, 103–124.
- Benz, Arthur, Susanne Lütz, Uwe Schimank und Georg Simonis, Hg., 2007. Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden.
- Bibow, Jörg 2010. Global imbalances, the US dollar, and how the crisis at the core of global finance spread to „self-insuring“ emerging market economies. In: Intervention 7 (2), 325–360.
- Bieling, Hans-Jürgen 2007. Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Bohle, Dorothee 2005. Neogramscianismus. In: Hans-Jürgen Bieling und Maria Lerch (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden, 197–222.
- Boyer, Robert 2001. The regulation approach as a theory of capitalism: A new derivation. In: Agnes Labrousse und Jean-Daniel Weisz (Hg.): Institutional economics in France and Germany: German ordoliberalism versus the French regulation school. Berlin, 49–92.
- Brand, Ulrich 2011. Global Governance als ordnungswissenschaftliches Konzept (zwischen)staatlichen Regierens im globalisierten Kapitalismus – und alternative Vorstellungen. In: Alex Demirović und Heike Walk (Hg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. Münster (im Erscheinen).
- Brand, Ulrich 2010. Internationale Politik. In: Reinhard Sieder und Ernst Langthaler (Hg.): Globalgeschichte 1800–2000. Wien, 208–254.
- Brand, Ulrich, und Christoph Scherrer 2005. Contested Global Governance: Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung. In: Maria Behrens (Hg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden, 115–129.
- Brand, Ulrich, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock und Peter Wahl 2000. Global Governance: Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster.
- Brock, Lothar 2003. Verlassene Baustellen – Global Governance im Zeichen des Krieges. In: Thomas Fues und Jochen Hippler (Hg.): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Bonn, 58–89.
- Brunnengräber, Achim, Kristina Dietz, Bernd Hirschl, Bernd, Heike Walk und Melanie Weber 2008. Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik. Münster.

- Brunnengräber, Achim, und Christian Stock 1999. Global Governance. Ein neues Jahrhundertprojekt? In: Prokla 29 (116), 445–468.
- Buckel, Sonja, und Andreas Fischer-Lescano, Hg., 2007. Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden.
- Butterwegge, Christoph, Bettina Lösch und Ralf Ptak, Hg., 2008. Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden.
- Caglar, Gülay 2009. Staatlichkeit in der ökonomischen Globalisierung: zum Staatsverständnis in der feministischen Ökonomie und der global governance-Forschung. In: Gundula Ludwig, Birgit Sauer und Stefanie Wöhl (Hg.): Staat und Geschlecht. Baden-Baden, 121–136.
- Candeias, Mario 2009. Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Hamburg, Berlin.
- CGG – UN Commission on Global Governance 1995. Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik, hg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn.
- Colebatch, H. K. 2009. Governance as a conceptual development in the analysis of policy. In: Critical Policy Studies 3 (1), 58–67.
- Cox, Robert W. 1987. Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History. New York.
- Demirović, Alex, Stefan Adolphs und Serhat Karakayali, Hg., 2010. Der kapitalistische Staat – ein verdichtetes Machtverhältnis? Baden-Baden.
- Deutscher Bundestag 2002. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“. Berlin.
- Esser, Josef, Christoph Görg und Joachim Hirsch, Hg., 1994. Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg.
- Foucault, Michel 1977. Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt/Main.
- Gill, Stephen 2003. Power and Resistance in the New World Order. New York.
- Gill, Stephen 2000. Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas. Münster, 23–50.
- Gill, Stephen 1990. American Hegemony and the Trilateral Commission. New York.
- Görg, Christoph 2003. Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster.
- Gramsci, Antonio 1991 ff. Gefängnishefte, hg. von Klaus Bochmann und Wolfgang-Fritz Haug. Hamburg, Berlin.
- Harvey, David 2009. Was tun? Und wer zum Teufel tut es? In: LuXemburg 1 (1), 100–109.
- Haug, Wolfgang Fritz 2004. Stichwort „Hegemonie“. In: ders. (Hg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hamburg, 1–29.
- Held, David 2009. Global Order Restructuring Global Governance: Cosmopolitanism, Democracy and the Global Order. In: Millennium 37 (3), 535–547.
- Hirsch, Joachim 2005. Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg.
- Horowitz, David A. 1997. Beyond Left and Right: Insurgency and the Establishment. Urbana.

- ILO (International Labour Organization) 2009. *The Financial and Economic Crisis: A Decent Work Response*, Genf.
- Jacobs, Andreas 2003. Realismus. In: Siegfried Schieder und Manuela Spindler (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Opladen, 35–59.
- Jessop, Bob 2007. *Kapitalismus, Regulation, Staat: Ausgewählte Schriften*. Hamburg, Berlin.
- Krasner, Stephen D. 1982. Structural Causes and Regime Consequences: Regimes as Intervening Variables. In: *International Organization* 36 (2), 185–206.
- Leibfried, Stephan, und Michael Zürn 2006. Von der nationalen zur post-nationalen Konstellation. In: dies. (Hg.): *Transformation des Staates? Frankfurt/Main*, 19–65.
- Lipietz, Alain 1985. *The Enchanted World, Inflation, Credit and the World Crisis*. London.
- Ludwig, Gundula, Birgit Sauer und Stefanie Wöhl, Hg., 2009. *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*. Baden-Baden.
- Mayntz, Renate 2000. *Politikwissenschaft in einer entgrenzten Welt*. MPIfG Working Paper 00/03, Oktober. http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp00-3.pdf (abgerufen 2.3.2011)
- Merkens, Andreas, und Victor Rego Díaz, Hg., 2007. *Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*. Hamburg.
- Messner, Dirk 2005. Global Governance: Globalisierung im 21. Jahrhundert gestalten. In: Maria Behrens (Hg.): *Globalisierung als politische Herausforderung*. Wiesbaden, 27–54.
- Messner, Dirk, und Franz Nuscheler 2003. *Das Konzept Global Governance. Stand und Perspektiven*. INEF-Report Duisburg 67.
- Morton, Adam David 2007. *Unravelling Gramsci. Hegemony and passive revolution in the global economy*. London.
- Murphy, Craig N. 2000. Global Governance: poorly done and poorly understood. In: *International Affairs* 76 (4), 789–803.
- Murphy, Craig N. 1994. *International Organization and Industrial Change: Global Governance since 1850. Europe and the International Order*. New York.
- Nersisyan, Yeva, and L. Randall Wray 2010. The global financial crisis and the shift to shadow banking. In: *Intervention* 7 (2), 377–400.
- Poulantzas, Nicos 1978. *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*. Hamburg.
- Rai, Shirin M., und Georgina Waylen, Hg., 2009. *Analyzing and Transforming Global Governance: Feminist Perspectives*. Cambridge.
- Raza, Werner 2007. Die Außenhandelspolitik der Europäischen Union: zunehmend aggressive Forcierung einer neo-merkantilistischen Weltmarktorientierung. In: *Kurswechsel* 4/2007, 8–15.
- Röttger, Bernd 2009. Gramsci, Gewerkschaften und kritische IPÖ. Formbestimmungen und Formwandel des Klassenkonflikts. In: Eva Hartmann, Caren Kunze und Ulrich Brand (Hg.): *Globalisierung, Macht und Ökonomie. Perspektiven einer kritischen Internationalen Politischen Ökonomie*. Münster, 92–121.
- Rucht, Dieter 2009. Globalisierungskritische Bewegungen: Forderungen, Formen, Wirkungen. In: Thomas Pfeiffer (Hg.): *Abgott Wirtschaftlichkeit*. Heidelberg, 89–110.
- Ruppert, Uta 2003. Zwischen analytischen Chancen und politischen Ambivalenzen: Global Governance aus feministischer Sicht. In: Thomas Fues und Jochen Hippler (Hg.): *Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft*. Bonn, 137–154.

- Sack, Detlef 2009. Governance und Politics. Die Institutionalisierung öffentlich-privater Partnerschaften in Deutschland. Baden-Baden.
- Sauer, Birgit 2011. Governance als frauenpolitische Chance? Geschlechterkritik aktueller Debatten um Staatstransformation. In: Alex Demirović und Heike Walk (Hg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. Münster (im Erscheinen).
- Scherrer, Christoph 2007. Hegemonie: empirisch fassbar? In: Andreas Merkens und Victor Rego Díaz (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg, 71–84.
- Scherrer, Christoph 2003. Internationale Politische Ökonomie als Systemkritik. In: Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden, 465–494.
- Scherrer, Christoph 2000. Global Governance: Vom fordistischen Trilateralismus zum neoliberalen Konstitutionalismus. In: Prokla 30 (118), 13–38.
- Scherrer, Christoph 1999. Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA. Berlin.
- Scherrer, Christoph 1998. Neo-gramscianische Interpretation internationaler Beziehungen. Eine Kritik. In: Uwe Hirschfeld (Hg.): Gramsci-Perspektiven. Berlin, Hamburg, 160–174.
- Schuppert, Gunnar Folke, Hg., 2006. Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. Baden-Baden.
- Sinclair, Timothy J. 2003. General Introduction. In: ders. (Hg.): Global Governance: Critical Concepts in Political Science. London, New York.
- Sum, Ngai-Ling 2011. Towards a Cultural Political Economy. Cheltenham.
- Wichterich, Christa 2009. Gleich, gleicher, ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung. Sulzbach/Taunus.
- Wilkinson, Rorden, Hg., 2005. The Global Governance Reader. New York.
- Wissen, Markus, und Ulrich Brand 2011. Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Alex Demirović, Julia Dück, Florian Becker und Pauline Bader (Hg.): Unsere Lieblingskrisen. Ursachen, Zusammenhänge und Strategien von Krisen im Kapitalismus. Hamburg (im Erscheinen).
- Zangl, Bernhard 2003. Regimetheorie. In: Siegfried Schieder und Manuela Spindler (Hg.): Theorien internationaler Beziehungen. Opladen, 117–140.
- Zoellick, Robert 1999. The American View. In: Robert Zoellick, Peter D. Sutherland and Hisashi Owada (Hg.): 21st Century Strategies of the Trilateral Countries. In: Concert or in Conflict? Task Force Report 53, The Trilateral Commission.
- Zürn, Michael 1998. Regieren jenseits des Nationalstaates: Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt/Main.
- Zürn, Michael, Martin Binder, Matthias Ecker-Ehrhardt und Katrin Radtke 2007. Politische Ordnungsbildung wider Willen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14 (1), 129–164.